Sozialdemokratischen Partei haben ihre Mandate dem Vollzugsausschuß des Landesrats zur Verfügung gestellt. Sie sind vom Vollzugsausschuß mit der Fortführung der gesamten Ministergeschäfte beauftragt. Die Vollversammlung des Landesrats wird auf Dienstag einberufen.

Ueber die Leitung der Ministerien wird weiter mitgeteilt, daß der Vollzugsrat von dem Rücktritt der Volksbeauftragten Fleißner, Geyer und Lipinski Kenntnis nimmt und die Minister Heinz, Graßnauer und Schwarz ersucht, ihre Ministerien weiter zu behalten. Die zurückgetretenen Minister werden ersucht, ihre Geschäfte in die Hände der verbleibenden Minister sofort zu übergeben. Als einstweiliger vorsitzender Minister wird Dr. Georg Graßnauer bestimmt. Die Neubildung des gesamten Ministeriums behält sich der Vollzugsrat (Zentralrat) vor. Als Verwalter des Ministeriums für Militärwesen wird bis zur endgültigen Sitzung Herr Gustav Neuring bestimmt.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 18. Januar 1919.

—* **Der Wahltag ist da.** Morgen ist nun der Tag, an dem jeder deutsche Wähler und diesmal auch jede Wählerin die **Wahlpflicht** zu erfüllen hat. Die Wahlpflicht! Denn das Wahlrecht zur Nationalversammlung bedeutet für jeden Deutschen, jede Deutsche die Wahlpflicht! Nicht nur um die zukünftige Staatsform Deutschlands geht es, auch die gesamte Zukunft unseres Vaterlandes und Volkes, unserer Kinder und Enkel wird durch diese Wahl entschieden! Versäume daher niemand, an den Wahltisch zu treten! Und komme ein jeder möglichst früh, damit er Zeit behält, sich umzutun, ob auch all seine Angehörigen, Verwandten, Bekannten und Nachbarn schon zur Wahl gegangen sind. Sorge jeder dafür, daß keiner zurückbleibt; jede Stimme hat diesmal bei der Verhältniswahl ihren besonderen Wert.

—* **Die öffentliche Wahlversammlung der Deutschen demokratischen Partei** gestern abend im „Stern" hatte wieder einen gefüllten Saal zu verzeichnen. Herr Geheimrat Prof. Dr. Götz, Leipzig, sprach über „Deutschland und Demokratie". Das Volk müsse sich auf den Boden der heutigen Wirklichkeit stellen. Die Revolution habe mit dem alten Deutschland aufgeräumt und das neue Deutschland müsse nun gebaut werden. Auch das Bürgertum sei im alten Staat nicht herrschend gewesen. Wer in die Regierung habe eintreten wollen, habe durch das Beamtentum hindurchgehen müssen. Anstatt das Parlament die Vorschule der Regierung sein zu lassen, sei ein Gegensatz zwischen Regierung und Parlament gewesen. Es habe dadurch ein Zusammenleben zwischen Regierung und Volk nicht eintreten können, wie es dem Geiste der gegenwärtigen Zeit entsprach. Auch die Herrenhäuser hätten nichts vom eigenen Leben des Volkes gehabt, sondern sie seien rein zusammengesetzt gewesen aus einer herrschenden Schicht. Die Verhinderung einer Neuorientierung habe die Verhältnisse in Deutschland immer mehr beunruhigt und die Kluft zwischen Staat und Volk immer größer werden lassen. Der neue Staat müsse ein volkstümlicher, ein demokratischer Staat sein und das neue Deutschland das alte einige Deutschland. Was zum Deutschen Reiche und zum deutschen Volkstum gehört habe, müsse festgehalten, der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland gefördert werden. Es müsse begriffen werden, daß der Staat Macht haben muß. Und auch für das künftige Deutschland werde es sich darum handeln, daß es ein Stück dieser Macht besitze. Ohne ein Volksheer komme es nicht aus. Die Deutsche demokratische Partei trete dafür ein, daß in Formen, die noch festgestellt werden müßten, die größeren deutschen Bundesstaaten erhalten bleiben. Es seien so große Teilstaaten zu schaffen, daß das Leben in diesen Gliedern seine eigenen Mittelpunkte besitzen könne. Die neue Staatsform aber müsse überall demokratisch sein. Die Deutsche demokratische Partei sei in keinem Falle bereit, der Monarchie einen Fußtritt zu geben. Sie erkenne an, was die Monarchie für Deutschland geleistet und daß sie eine große geschichtliche Aufgabe erfüllt habe. Aber die geschichtliche Aufgabe der deutschen Monarchie scheine beendet zu sein, und wir könnten eine Zeit, die vergangen, nicht festhalten. Wir brauchten eine Staatsform, in der unser Volk sich zusammenfinden könne und die unserer Zeit mehr entspreche. Das Wort Demokratie bedeute nichts anderes als die Teilnahme aller Schichten eines Volkes am Staat, die Mitverantwortlichkeit des gesamten Volkes an der Regierung des Staates. Und da ein großes Volk nur durch Vertreter regiert werden könne, so bedeute Demokratie weiter die Herrschaft der Tüchtigsten des Volkes über das Volk. Eine Staatsform, die über allem stehe, ohne Fehler sei, gebe es überhaupt nicht. Es handle sich um die Frage, ob wir eine demokratische Republik schaffen könnten, die unserem Wesen, unseren Lebensbedingungen und unserer Zeit entspreche. Wenn wir diese Forderungen stellten, dann müßten wir die Bedingung hinzufügen, daß das Volk politisch so reif sein müsse, daß es den neuen Staat im besten Sinne gestalte. Staatsbürgerliche Bildung und Erziehung für den Staat müsse ein Teil der Erziehung unserer Jugend sein. Die Einheitsschule werde kommen im neuen Staat, nicht als Schablone, sondern als die breite Grundlage aller Erziehung. Jedem Fähigen solle die Bahn offen stehen, aber es müsse auch dafür gesorgt werden, daß mit den Talenten das ganze Volk befruchtet werde. Den Frauen müsse es heilige Pflicht sein, die ihnen verliehenen Rechte auch auszuüben. Ihre Mitarbeit dürfe nicht nur eine geduldete sein, sondern es müsse ein wahrhaftes Hand-in-Handarbeiten von Frauen und Männern stattfinden zum Besten der Neugestaltung unseres Vaterlandes. Vor allem beschäftige uns die Frage, ob der neue deutsche Staat auch in seiner Wirtschaftslage auf einen neuen Boden gestellt werden solle. Auf dem Gebiete der Sozialisierung unterscheide sich die Deutsche demokratische Partei dadurch grundsätzlich von der Mehrheitssozialdemokratie, daß sie sich auf den Boden eines unbedingten Sozialismus nicht zu stellen vermöge. Es gäbe unzweifelhaft Gebiete, für die die Sozialisierung möglich, wo sie im Interesse der Allgemeinheit sogar notwendig sei. Aber da, wo der Privatunternehmer und der Kapitalismus noch eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hätten, da müßten diese bleiben. Wollten wir uns wirtschaftlich wieder aufrichten, so müßten wir mit dem Kapitalismus ein gut Stück Weges weiter gehen. Die Deutsche demokratische Partei sei nicht die Partei des internationalen Großkapitals. Die Partei habe in Sachsen nichts von irgendwelchem Berliner Einfluß gespürt. Aber sie stehe auch dem Großkapital so unabhängig gegenüber, daß sie dessen Auswüchse so eingeschränkt wissen wolle, wie es irgend möglich sei. So könne dem Großkapitalismus auf dem Gebiete der Sozialpolitik entgegengewirkt werden. Auch durch die Steuergesetzgebung könnten die großen Gewinne beschnitten werden, die eine Kluft im Volke schaffen. Die Partei werde eintreten für eine gerechte progressive Einkommensteuer, für die Wertzuwachs-, Erbschafts- und Kriegsgewinnsteuer. Eine einmalige Vermögensabgabe werde nicht zu vermeiden sein. Wenn der Kapitalismus auf diese Weise beschnitten werde, könnten wir ihn auf der anderen Seite seine Wege gehen lassen, er werde so nicht die Uebermacht wie in Amerika erreichen. Das deutsche Volk solle die Hoffnung nicht aufgeben, sich aus dem gegenwärtigen Elend wieder emporarbeiten zu können. Unsere Enkel sollten von uns nicht als von einem feigen Geschlecht sprechen, das dem Schicksal nicht gewachsen gewesen sei; sondern sie sollten sagen, in der Zeit der Not, da kam der tiefste Geist hervor und das deutsche Volk baute ein neues und besseres Deutschland. Dem Redner wurde lebhafter Beifall gespendet. Waren seine Ausführungen ruhig und ohne Unterbrechungen angehört worden, so entstand bei der Aussprache wesentlich lebhafter. An ihr nahmen außer einem Vertreter der Allgemeinen demokratischen Partei aus Dresden, der die Frage der bürgerlichen Stimmvereinigung erneut behandelte, u. a. auch zwei Sozialdemokraten teil. Der Referent trat den Ausführungen dieser Redner entgegen, indem er nochmals darlegte, was die Deutsche demokratische Partei von der Sozialdemokratie und von der deutsch-nationalen Partei trennt. Ein Teil der Besucher suchte ihn zunächst in seinem Schlußwort zu stören, doch gelang es schließlich, ihm Gehör zu verschaffen.

—* **Der strafrechtliche Schutz der kommenden Wahlen.** Die freie Ausübung des Wahlrechts bei den kommenden Wahlen muß allen Staatsbürgern unbedingt gewahrt bleiben. Das deutsche Reichsstrafgesetzbuch bietet Handhaben, um mutwillige Störer der Wahlhandlung der verdienten schweren Strafe zuzuführen. Nach den §§ 107, 108 und 274 des Strafgesetzbuches und entsprechend der durch das Reichsgericht diesen Bestimmungen gegebenen Auslegung sind folgende Handlungen unter Strafe gestellt: Mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und bis zu 5 Jahren oder mit Festungshaft bis zu 5 Jahren wird bestraft, wer durch Gewalt oder Bedrohung mit einer strafbaren Handlung einen Wahlberechtigten verhindert, überhaupt zu wählen, oder für die von ihm gewünschten Kandidaten zu stimmen; der Versuch ist strafbar. Mit Gefängnis von 1 Woche bis zu 3 Jahren wird bestraft: wer für eine andere Person unter Mißbrauch ihres Namens einen Stimmzettel abgibt, wer an verschiedenen Orten wählt, wer durch falsche Angaben (über sein Alter usw.) seine Eintragung in die Wählerlisten zu unrecht bewirkt und bei der Wahl ein ihm nicht zukommendes Wahlrecht ausübt, wer durch Störungen der Wahlhandlung oder in sonstiger Weise ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht. In diesen Fällen kann auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Mit Gefängnis, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 3000 ℳ erkannt werden kann, wird bestraft, wer Wählerlisten vernichtet, beschädigt oder unterdrückt. Nach alledem kann nur eindringlichst davor gewarnt werden, sich durch unüberlegte Handlungen der Gefahr einer strafgerichtlichen Verurteilung auszusetzen.

— **Die Wahlen zur sächsischen Volkskammer.** Das Gesamtministerium veröffentlicht in der Sächsischen Staatszeitung eine Verordnung zur Abänderung des Landeswahlgesetzes vom 27. Dezember 1918, wonach die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für die Wahlen zur Volkskammer der Republik Sachsen, die am 14. d. M. ablief, wegen des gegenwärtigen Wahlkampfes für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung bis zum 18. Januar 1919 verlängert wird.

—* **Abschiedsbewilligungen.** Das Sächsische Militärverordnungsblatt meldet die Abschiedsbewilligungen der Generale der Inf. von Carlowitz, bisher Oberbefehlshaber der 2. Armee; von Tettenborn, bisher dienstuender Generaladjutant; der Generalleutnants Frhr. Leuckart von Weißdorf, bisher Generaladjutant und Milit.-Gouverneur der Provinz Lüttich; Lucius, jetzt kommand. General des 19. Armeekorps; v. der Decken (Gustav), bisher Inspekteur der Etappen-Insp. 5. Das Sächsische Militär-Verordnungsblatt enthält einen auch für Sachsen gültigen Erlaß des preußischen Kriegsministeriums, wonach der Jahrgang 1918 unter gewissen Einschränkungen in der Zeit vom 15. 1. bis 28. 2. 1919 zu entlassen ist.

—* **Die Beschälstation Riesa** wird in diesem Jahre mit den Beschälern Jungtürke, Belgier, Erbe und Gernegroß (Oldenburger) und mit dem Hannoveraner Kingo besetzt. Die Beschäler sind schon gestern auf der Station eingetroffen.

—* **Eine Struwelpeter-Vorführung** veranstaltet der Dresdner Vortragsmeister Baron Carlo von der Ropp am 22. Januar, nachmittags 4 Uhr 30 Min. im Saale der „Elbterrasse". Diese heitere Darbietung, welche durch über 100 farbige Lichtbilder verschönt wird, erzielte allenthalben durchschlagende Erfolge und ausverkaufte Säle, sodaß in vielen Städten mehrere Wiederholungen stattfinden mußten.

—* **Das Gastspiel der Petrenz-Oper** findet nunmehr am Sonnabend, den 25. Januar, statt. Es gelangt die komische Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" im Saale des Hotel Höpfner zur Aufführung.

* **Gröba.** Infolge des Heizverbotes für Kirchen usw. werden bis auf weiteres die Gottesdienste in abgekürzter Form gehalten.

* **Gröba.** Sonntag, den 19. Januar, findet im hiesigen Gasthof als zweites Gastspiel der Direktion Richter eine Aufführung des besten Lustspieles von Moser: „Der Veilchenfresser" statt. In Berlin erlebte es nach seiner Uraufführung 200 Aufführungen in einer Spielzeit. Nachmittags 4 Uhr findet Kindervorstellung statt.

* **Heyda.** Gestohlen wurden in vergangener Nacht dem Gutsbesitzer Fischer mittels Einbruchs zwei etwa je zwei Zentner schwere Schweine. Die Tiere sind an Ort und Stelle abgeschlachtet worden. Sachdienliche Wahrnehmungen sind bei der Gendarmerie zu melden.

Dresden. Die sozialdemokratische Partei hat beschlossen, bei der Wahl das Wahlschleppen zu unterlassen, und empfiehlt infolgedessen den bürgerlichen Parteien, das gleiche Verfahren zu üben, um Ruhe und Ordnung bewahren zu können.

Bautzen. Rat und Stadtverordnete beschäftigten sich heute Donnerstag mit der Frage der Wendenbewegung, die immer ernstere Form annimmt. Der Rat nahm eine Entschließung an, der auch die Stadtverordnetenversammlung zustimmte. In der Entschließung heißt es: Gegen die Bestrebungen eines Teiles der Lausitzer Wenden, einen wendischen Freistaat zu begründen, die wir bisher nicht ernst genommen haben, aber an deren Gefährlichkeit für das sächsische Vaterland wir nach den jüngsten Erklärungen in den Tageszeitungen nicht mehr zweifeln können, legen wir allerschärfste Verwahrung ein. Es ist für jeden Einsichtigen eine Ungeheuerlichkeit, bei der kleinen Zahl der wendischsprechenden und wendischdenkenden Bevölkerung der Lausitz, die nicht einmal geschlossen, hinter der Bewegung steht und mit ihr übereinstimmt, den Gedanken der Bildung eines wendischen Freistaates im deutschen Reiche zu verfolgen. Wir haben die Wenden stets als unsere lieben und sehr werten Mitbrüder behandelt und gehalten und denken nicht entfernt daran, sie in ihrer nationalen Eigenart unterdrücken zu wollen. Die Bestrebungen nach Schaffung eines Freistaates beruhen zum Teil auf sehr selbstsüchtigen Hoffnungen, die unserer festen Ueberzeugung nach sich als trügerisch herausstellen werden. Wir müssen fordern, daß die Wenden auf ihre staatlichen Sonderbestrebungen verzichten, treu zur deutschen Sache halten und sich im Gefüge des sächsischen Staatswesens ihre Zukunft zu bauen und zu gestalten suchen. Wir werden ihnen von Herzen dazu die Bruderhand auch weiter reichen.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 18. Januar 1919.

Blutige Ausschreitungen in Breslau.

* **Breslau.** In den gestrigen Nachmittagsstunden kam es hier zu blutigen Wahlausschreitungen. Ein Haufen Spartakusleute unter Führung von Matrosen und Soldaten warfen drei Möbelwagen, die Schildern der deutsch-demokratischen Partei um, zündeten einen an, der vollständig ausbrannte und zertrümmerten die beiden anderen Wagen. Darauf begaben sich die Soldaten nach dem Hauptwahlbüro der deutsch-demokratischen Partei im „Rigaer Hotel". Matrosen drangen in ein zu ebener Erde gelegenes Zimmer ein, in dem sich Wahlaufrufe und Plakate befanden und warfen diese zum Fenster hinaus. Die großen Schaufensterscheiben wurden zertrümmert. Das im ersten Stock gelegene eigentliche Wahlbureau wurde in gleicher Weise heimgesucht und das Wahlmaterial auf die Straße geschleudert, wo es angezündet wurde. Darauf begab sich die Menge zum Wahlbureau der deutsch-nationalen Volkspartei, wo sie Plakate beschlagnahmt wurden. Schließlich zog der Haufen, der auf mehrere tausend Personen angewachsen war nach dem Schloßplatz, wo von Unabhängigen und Spartakiden aufrührerische Reden gehalten wurden. Die bedrohten Zeitungsbetriebe erhalten und erhielten militärischen Schutz, da weitere Ausschreitungen befürchtet wurden. Wie die Kommandantur mitteilt, sind vier Haupträdelsführer verhaftet worden, die jedoch über ihre Ziele und ihre Absichten keinerlei oder nur unklare Angaben machten. Sie werden der Staatsanwaltschaft zugeführt werden.

Keine Nationalversammlung in Berlin.

* **Berlin.** Wie der „Vol.-Anz." erfährt, hat die Regierung sich nach reiflicher Erwägung nunmehr endgültig entschlossen, die Nationalversammlung nicht in Berlin zusammentreten zu lassen. Maßgebend bei dieser Entscheidung dürften in erster Linie die von süddeutscher Seite geäußerten Wünsche gewesen sein, die darauf hinaus gingen, die Konstituante an einem mehr zentral gelegenen Orte Deutschlands tagen zu lassen. Man wird also einen Ort in Mitteldeutschland zu wählen haben. Die Entscheidung dürfte gleichzeitig den Vorteil im Gefolge haben, daß die Nationalversammlung frei von Störungen arbeiten kann.

Die Verhandlungen in Kattowitz.

* **Beuthen.** Da die Verhandlungen in Kattowitz (die in der Hauptsache um die Forderungen der Bergarbeiter nach einem Zuschuß von 800 ℳ geführt wurden) zu keinem Ergebnis geführt haben, sind die Berliner Regierungsvertreter Hirsch und Landsberg wieder nach Berlin abgereist. Die Arbeitersekretäre und Arbeiter verhandeln weiter. Es besteht keine Aussicht auf Einigung, sodaß der Generalstreik nach Erklärung der Arbeiter kommen müßte. Ueber Rybnik und Umgebung wurde der Belagerungszustand verhängt.

Neue Beschlüsse der Groß-Berliner Soldatenräte.

* **Berlin.** Die gestrige Sitzung der Groß-Berliner Soldatenräte nahm nach längerer Debatte einstimmig eine Resolution an, in der sich sämtliche Truppen Groß-Berlins verpflichteten, die Regierung bei der Entwaffnung der Zivilbevölkerung, der Sicherung der Nationalversammlung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Andererseits verlangt die Versammlung, daß nach dem Abschlusse der Wahlen die auswärtigen Truppen von Berlin zurückgezogen und die freiwilligen Wehren entwaffnet und aufgelöst werden.

Briefwechsel zwischen Erzberger und Foch.

* **Berlin.** Zwischen dem Staatssekretär Erzberger und dem Marschall Foch hat in Trier ein Briefwechsel stattgefunden, der sich auf die Fragen der Rückkehr unserer Kriegsgefangenen und den Verkehr zwischen den links- und rechtsrheinischen Gebieten bezieht. Auf die Vorstellungen des Staatssekretärs Erzbergers antwortete Marschall Foch, daß er die rasche Rückkehr der am meisten Teilnahme einflößenden Kategorien der deutschen Kriegsgefangenen bei den alliierten Regierungen befürworten wolle. Was die Beziehungen zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten betrifft, so ist Marschall Foch bereit, den Warenaustausch in dem ganzen mit der Sicherheit der Armeen zu vereinbarenden Maße zu gestatten, um dadurch Arbeitslosigkeit und die sich daraus ergebenden Unruhen zu vermeiden.

Zu den Vorgängen im Osten.

* **Berlin.** Das Vorgehen der Russen bei Kowno erfolgt offensichtlich in zwei Kolonnen. Eine von Nordosten über Wilkomir, die andere von Wilna über Landwarowo-Josle. Nach Aeußerungen zurückkehrender österreichischer Offiziere beabsichtigen die Russen nur bis zur deutschen Grenze vorzugehen.

Vermischtes.

500 Personen ertrunken. Agenzia Stefani meldet: In der Meerenge von Messina ist der französische Dampfer „Charlot" auf eine Mine gelaufen und gesunken. Es sollen 500 Personen ertrunken sein. — Die letzten Nachrichten geben an, daß von den 750 Fahrgästen des Dampfers „Charlot" 184 gerettet worden sind. Der ganze Generalstab wurde gerettet, mehrere französische Begleitschiffe konnten 52 französische Fahrgäste und 80 anderer Nationalitäten auffischen.

☛ Der Gesamtauflage heutiger Nummer d. Bl. liegen bei: Flugblatt **„Wählt die Liste Dr. Kötzsch-Dresden"** und Flugblatt **„Religionsunterricht und Lehrerschaft"**.

☛ Der heutigen Nummer liegen 4 Stimmzettel der Deutschen Volkspartei bei. Sie sind auf den vorgezeichneten Linien sorgfältig auszuschneiden, da nur Stimmzettel in der Größe 9 mal 12 cm gültig sind. Die Linien müssen dabei unbedingt verschwinden. Die Stimmzettel dürfen mit keinem besonderen Kennzeichen versehen sein. Nicht benutzte Stimmzettel sind weiterzugeben.

Die erkannte Person,
welche am Mittwoch abend im Hotel Stern vom Tische einen gelbgrauen langen Damenmanel (von einer arm. Dienstperson) sich aneignete, wird ersucht, denselb. umgeh. nach Meißner Str. 24, 2 Tr. abzugeben, andernfalls erfolgt sofortige Anzeige.

E. K. I. Klasse
verloren
Abzugeben gegen Belohnung im Tageblatt Riesa.

Schäferhündin entlaufen.
Gegen Belohnung abzugeben beim Gutsbesitzer Richter in Grauswitz bei Stauchitz.

Ein Hund, Jagdrasse, weiß mit braunen Platten
zugelaufen.
Abzuh. binnen 3 Tagen bei Max Nicol, Mehlhändler.

Wohnung
zu mieten ges. zum 1. 4. 19 (best. aus 2 St., K., K. od. 2. K., St., K. nebst Zubehör). Gefl. Offert. unter T Z 1169 an das Tageblatt Riesa erb.

Wohnung
gesucht zum 1. 4. 19, best. St., K., K. nebst Zubehör. Offerten unter U Z 1170 an das Tageblatt Riesa erb.

Einf. möbl. Zimmer
an berm. Goethestr. 59, 3. r.

5 Min. vom Bahnhof gut
möbl. Zimm. frei.
Neuriesa, Riesaerstr. 5.

Aufwartung
vormittags gesucht.
Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Aufwartung
(Frau) für einige Vormittagsstunden v. ält. Ehepaar ges. Adr. zu erfr. im Tgbl. Riesa.

Fleißiges sauberes
Hausmädchen
gesucht. Thüringer Hof, Gröba.

Für kinderlosen Haushalt zum 1. März ein jung. saub.
Mädchen
als Aufwartung für den ganzen Tag oder als Dienstmädchen gesucht. Zu erfrag. Goethestr. 67 im Laden.

Junges
Mädchen
in Gröba sucht Aufwartung für nachm., auch zu 1 Kinde. Zu melden v. 1—3 Uhr nachm. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Ein jüngeres kräftiges
Hausmädchen
wird zum 1. März gesucht.
Frau F. Bergmann, Hauptstr. 54.

Hausmädchen.
Ein 15—16jähr. Mädchen für 1. Februar gesucht.
Bäckerei Gerstäcker.